

Arzt in Brandenburg: Praxis-Schließung angedroht – Hausärzte warnen vor Kollaps

Ulrich Thiessen

Die niedergelassenen Ärzte in Brandenburg fordern eine bessere Vergütung durch die Kassen. Aber ihre Kritik geht viel weiter. Welche Gefahr sie durch „Medizin-Discounter“ fürchten.



Die Pläne von Gesundheitsminister Karl Lauterbach, die Medizin zu digitalisieren, sind nur ein Grund, der niedergelassene Ärzte in Berlin auf die Barrikaden trieb. © Foto: Ulrich Thiessen

Die ambulante Versorgung steht vor dem Kollaps. Das war der Tenor einer Krisensitzung der Kassenärztlichen Vereinigung am Freitag (18. August) in Berlin. Überall in Deutschland können niedergelassene Ärzte keine neuen Patienten mehr aufnehmen und Praxen schließen, ohne dass sich Nachfolger für die Versorgung der Bevölkerung finden lassen – so die Zustandsbeschreibung der Ärztevertreter.

Hierzulande sieht es keineswegs besser aus. Anke Speth, Kinderärztin in Rüdersdorf und Präsidentin der Vertreterversammlung der Kassenärztlichen Vereinigung Brandenburg (KVBB), schilderte am Freitag, wie sich die finanziellen Probleme der niedergelassenen Ärzte auswirken. 56 Prozent der Vertragsärzte in Brandenburg, die in den vergangenen zwölf Monaten medizinisches Fachpersonal gesucht haben, konnten ihre offenen Stellen nicht besetzen. Die Fachkräfte wandern zunehmend in Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen ab, die besser

bezahlen können.

Angebot der Krankenkassen wird abgelehnt

Vor diesem Hintergrund fordern die Mediziner eine deutliche bessere Finanzierung der niedergelassenen Ärzte durch die Krankenkassen – eine, die die gestiegenen Nebenkosten, die Tarifsteigerungen und die Lebenshaltungskosten berücksichtigt und Investitionen ermöglicht. Die von den Kassen angebotenen 2,1 Prozent seien inakzeptabel, waren sich die Vertreter der brandenburgischen Kassenärztlichen Vereinigung einig. Von zehn Prozent und mehr ist die Rede.

Diskutiert wurde auch die Frage, ob man die Forderung im kommenden Herbst mit deutlich spürbaren Maßnahmen unterstreichen will – der Schließung von Praxen. Allerdings gab es auch Zweifel, wie weit die rund 4000 Ärzte und Physiotherapeuten in Brandenburg dabei mitziehen würden. Bei Aktionstagen im vergangenen Jahr war die Bereitschaft dazu nicht sonderlich hoch, klagten die brandenburgischen Ärztevertreter.

Laut Kinderärztin Anke Speth kann es so jedenfalls nicht weitergehen. Sie möchte nicht gezwungen sein, Abstriche an der Versorgung zu machen und ein neugeborenes Baby nicht mehr behandeln, weil sie so vieles andere in der Praxis erledigen muss, erklärte sie.

Digitalisierung als Gefahr der eigenverantwortlichen Behandlung

Da klang schon das nächste Problem an, das den Medizinern unter den Nägeln brennt: [Die Digitalisierung, wie sie durch Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach \(SPD\) vorangetrieben wird](#). Die Ärzte müssten selbst die Kosten für die Hardware zahlen, die Software funktioniere nicht und alles sei zu zeitaufwendig, so die Aussagen der brandenburgischen Ärztevertreter. Diskutiert wurde auf der Zusammenkunft der brandenburgischen Vertreter vor der Krisensitzung der Kassenärztlichen Bundesvereinigung auch, [ob man das ab kommenden Jahr verpflichtende E-Rezept boykottieren und die vorgesehenen Strafzahlen verweigern solle](#).

Bedenken gegenüber der Digitalisierung der Praxen

Die Bedenken gegenüber der Digitalisierung der Praxen gehen jedoch weiter. Vorgesehen ist, dass künftig schnell medizinische Daten an die Kassen und an ausgesuchte wissenschaftliche Institute weitergeleitet werden. Dass das bislang nicht möglich ist, war während der Corona-Pandemie als großen Manko des deutschen Gesundheitswesens eingestuft worden. Aber offenbar fürchten die niedergelassenen Ärzte, dass die Kassen oder die Politik mit den so gewonnenen Daten früher oder später in die Behandlungsmethoden eingreifen könnten.



[Ärztemangel in Ostprignitz-Ruppin](#)

[Landrat warnt vor „lebensbedrohlicher Situation“](#)

Auf Widerstand stoßen auch die Pläne von Gesundheitsminister Lauterbach, sogenannte Gesundheitskioske einzurichten. Sie sollen vor allem in sozialen Brennpunkten niedrigschwellige Angebote zu allen Gesundheitsfragen liefern und von Kommunen und Kassen finanziert werden. Die Hausärzte befürchten jedoch, dass dort Patienten an ihnen vorbei direkt zu Fachärzten oder Kliniken geschleust werden. Auf der Berliner Tagung war von „Gesundheits-Dicountern“ oder „Geschäften ohne Fachverkäufer“ die Rede, zumal die Kassen dafür Geld abzweigen könnten, das bislang den praktizierenden Ärzten zustand.

Land soll sich bei Zulassungen raushalten

Auch Brandenburgs Gesundheitsministerin Ursula Nonnemacher (B90/Grüne) wurde von den Vertretern der KVBB mehrfach kritisiert. Sie hatte sich kürzlich dafür ausgesprochen, dass das Land ein Mitspracherecht bei der Zulassung von praktizierenden Ärzten haben sollte, eine Art Landeskrankenhausplanung für die Hausärzte. Das sahen die Mediziner auf der Vertreterversammlung in Berlin als Eingriff in ihre angestammten Rechte. Wenn das Land mehr Ärzte zulassen würde und das Geld der Krankenkassen nicht erhöht wird, bliebe weniger für die bestehenden Praxen, so die Argumentation.

Stattdessen verlangen die Vertreter der KV, dass das Land ähnlich wie bei den Kliniken eine Investitionspauschale an die praktizierenden Ärzte zahlt. Die Anschaffung moderner Geräte sei anders kaum noch zu bewerkstelligen, sagte Christian Wehry, Pressesprecher der KVBB. Er ist sich sicher, dass das ein Hauptgrund ist, warum junge Allgemeinmediziner keine Praxen übernehmen.

[Nachrichten](#)

[Brandenburg](#)

Arzt in Brandenburg: Praxis-Schließung angedroht – Hausärzte warnen vor Kollaps